Eitorf, den 22.05.2019

Amt 81 - Gemeindewerke -Ver- und Entsorgungsbetriebe-
Sachbearbeiter/-in: Rainer Breuer

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

MITTEILUNGSVORLAGE
- öffentlich -

Sitzungsvorlage

Betriebsausschuss

13.06.2019

Tagesordnungspunkt:

Klärschlamm Entsorgung aus der Kläranlage Eitorf
hier: aktuelle Entwicklung

Mitteilung:

I. Historie:

Im Zuge der Ausschreibung der Klärschlamm Entsorgung für 2019 hatte sich für die Verwaltung unerwartet gezeigt, dass wegen erfolgter Gesetzesänderungen und fehlender Zwischenlagerkapazitäten bei den Entsorgungsfirmen es zukünftig schwierig werden könnte, die ordnungsgemäße / gesetzeskonforme Schlamm Entsorgung längerfristig sicherzustellen.

Das Ausschreibungsverfahren führte erstmals zu keinem Ergebnis. Angebote wurden den Gemeindewerken nicht vorgelegt.

Es stellte sich heraus, dass es sich dabei nicht um ein lokales (Eitorfer) Problem handelt, sondern dass die landwirtschaftlichen Verwertungskapazitäten insgesamt für alle, nicht langfristig durch Entsorgungsverträge gebundenen Kommunen gleichermaßen schwierig zu erschließen sind.

Der Betriebsausschuss wurde in seiner 29. Sitzung am 27.11.2018 (TO-Pkt. 14; Beschl. XIV/BetrA/87) umfassend über die Sache und das angedachte weitere Vorgehen informiert.

In der 30. BetrA-Sitzung am 29.01.2019 wurde bekanntgegeben, dass die Entsorgung für das Jahr 2019 im Wege der Verhandlung nunmehr sichergestellt werden konnte.

Da sich abzeichnete, dass für Jahresentsorgungsverträge zurzeit kein Markt besteht, wurde am 15.04.2019 ein europaweites Ausschreibungsverfahren in Gang gesetzt. Ziel ist die Sicherung der Entsorgung für einen Dreijahreszeitraum mit der Option auf Verlängerung des Vertrages um jeweils ein weiteres Jahr.

Der BetrA wurde in seiner 31. Sitzung am 15.04.2019 hierüber unterrichtet.

Im nichtöffentlichen Teil seiner heutigen Sitzung ist in diesem Zusammenhang die Auftragsvergabe vorgesehen.

II. aktueller Verfahrensstand:

Die Auftragsvergabe gibt der Gemeinde für mindestens 3 Jahre und höchstens 5 Jahre Luft, die Entsorgungssicherheit langfristig herbeizuführen, sei es durch Kooperationen oder durch eigene Verfahren.

Erster Schritt war bereits die Bereitstellung von Finanzmitteln durch Ausschuss und Rat der Gemeinde Eitorf im Vermögensplan des Entsorgungsbetriebes 2019 für den Bau eines Klärschlammzwischenlagers auf der Kläranlage, um die jährlich anfallenden Schlammengen besser bewirtschaften zu können.

Aktuell werden Modelle ausgelotet, sich langfristig über Verträge zu binden und damit eine dauerhafte Schlamm Entsorgung sicherzustellen.

Eines dieser Modelle ist die „Klärschlammkooperation Rheinland (KKR)“.

Die Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR (StEB), der Erftverband, der Wasserverband Eifel-Rur und zwischenzeitlich der Niersverband wollen künftig gemeinsam kooperieren und die Entsorgung der auf ihren Kläranlagen anfallenden Schlämme durch Bau einer Monoverbrennungsanlage im Linksrheinischen sicherstellen.

Die KKR will hierzu eine Beteiligungsgesellschaft gründen, die ausschließlich öffentlich-rechtlicher Natur sein wird, um die „Inhouse-Fähigkeit“ nicht zu gefährden. Angedacht ist als Rechtsform eine GmbH, die nach dortiger interner Prüfung die größtmöglichen Vorteile versprechen soll.

Die Gesellschaft soll zusätzlich auch für kleine, nicht verbandsgebundene Kommunen geöffnet werden. Allerdings wird das nur unter bestimmten Bedingungen möglich. Die interessierten Kommunen müssen sich dazu kurzfristig und in der Folge ohne Ausstiegsmöglichkeit für einen langen Zeitraum binden. Die GmbH soll ausschließlich die darin organisierten Beteiligten bedienen. Schlammzukaufe von außen sind ebenso wenig geplant wie die spätere Öffnung der Gesellschaft für weitere Beteiligte (insbesondere Private).

Die endgültige Festlegung der Vertragspartner soll bis Ende 2019 erfolgen.

Im Herbst 2019 soll der Standort für die Monoverbrennungsanlage (ausgestattet mit bewährter Technik „Wirbelschichtofen“) geklärt sein.

Ein Grundstück mit einer erforderlichen Größe von mind. 5.000 m², bestenfalls 10.000 m², fehlt zwar zurzeit noch. Die Verhandlungen mit einem Eigentümer sollen in 2019 allerdings erfolgreich zu Ende geführt werden. Ggf. wird der Grundstückseigentümer als weiterer Gesellschafter in die GmbH eintreten, ohne die Inhouse-Fähigkeit zu gefährden.

Die notwendigen Verträge der Gesellschafter sollen nach Beschluss durch die politischen Gremien und nach den aufsichtsbehördlichen Genehmigungen spätestens in 2020 geschlossen sein.

Es wird mit einem Planungs- und Genehmigungsverfahren von ca. 3,5 Jahren gerechnet. Ausschreibungsverfahren und Zuschlag sollen ca. 1 Jahr dauern, Bauzeit ca. 3 Jahre, sodass die Anlage in 2028 eingefahren werden könnte und in 2029 ihren Betrieb aufnehmen soll.

Die Investitionskosten liegen zurzeit lt. Schätzung bei ca. 80 Mio. €, die Betriebskosten inkl. Kapitalkosten zurzeit bei ca. 20 Mio. €/a. Inwieweit diese Kosten als realistisch anzusehen sind, ist nicht geklärt.

Wegen des langen Genehmigungs-, Planungs- und Bauverfahrens dürften zum heutigen Zeitpunkt genauere Daten hierzu kaum zu erhalten sein.

Die Gesellschaft wird die Verbrennungs- und Transportkosten solidarisieren. Jeder Vertragspartner wird also pro t denselben Preis zahlen! Die Organisation der Transporte erfolgt über die GmbH. Ggf. werden Vorgabe zum TS-Gehalt der Klärschlämme o.ä. gemacht, um die Randparameter für alle zu vergleichmäßigen.

Die zu verarbeitenden Schlammengen sollen ausschließliche Grundlage für die Gesellschaftsanteile, die Stimmen im Aufsichtsrat/der Gesellschafterversammlung und die Finanzierung sein.

Es soll keine freien Kapazitäten geben, z.B. für zusätzliche Schlämme Dritter.

Für die vertraglich festgelegten Schlammengen soll es eine „bring or pay“-Regel geben: Wenn die vertraglich festgelegten Schlammengen nicht in voller Höhe eingebracht werden, dann ist

dennoch für die festgelegte Menge zu zahlen.

Liefermengen sollen allerdings auch unter den einzelnen Vertragspartnern kompensiert werden können, wären also verschiebbar. Das würde dann auch bedeuten, dass Mehrmengen über das durch die Vertragspartner angemeldete und vertraglich festgelegte Kontingent hinaus durch Mindermengen bei Vertragspartnern kompensiert werden könnten. Zumindest theoretisch, da die Gesamtmenge, für die die Anlage ausgelegt wird, nicht überschritten werden darf, und die Vertragspartner schon im Voraus verbindlich wissen müssen, ob und in welcher Menge sie Kontingente an andere Partner abtreten können.

Es ist angedacht, spätestens 10 Jahre nach Inbetriebnahme der Anlage die Vertragsmengen der Partner zu überprüfen und ggf. anzupassen.

Die Gesellschaft soll grundsätzlich Kostendeckung anstreben und keine Gewinne erzielen. Dennoch anfallende Gewinne sollen in der GmbH verbleiben und nicht an die Gesellschafter ausgekehrt werden.

Die Gesellschaft soll dauerhaft bestehen. Die Vertragslaufzeit ist daher grundsätzlich unbefristet, soll eine Mindestlaufzeit von 30 Jahren haben. Es soll für einzelne Partner keine früheren Ausstiegsmöglichkeiten geben! Eine Ausnahme könnte nur dann gemacht werden, wenn die durch Ausstieg wegfallenden Mengen durch einen anderen Kooperationspartner dauerhaft und komplett übernommen werden oder wenn ein dem ausgeschiedenen gleichwertiger neuer Partner in die Gesellschaft eintritt.

Die kleinen Kommunen können sich nicht einzeln, sondern nur über eine „Poolgesellschaft“ in die KKR einbringen. Man will damit die Größe des Aufsichtsrats/der Gesellschafterversammlung nicht ausufern lassen.

Die Poolgesellschaft soll eine Mindestgröße von 3.000 - 5.000 t TR/a erreichen, aber nur max. 9,9 % der Stimmrechtsanteile an der GmbH halten dürfen (= 1 Sitz). Damit werden sich langfristig keine Mitgestaltungsmöglichkeiten für die kleinen Kommunen ergeben.

Die KKR muss bis September 2019 Klarheit haben, welche kleine Kommune sich anschließen will. Bis 01.09.2019 soll der KKR ein Ansprechpartner genannt werden, der die Poolgesellschaft insgesamt „vertritt“. Daneben will die KKR, wenn gewünscht, die politischen Entscheidungsträger der kleinen Kommunen bis zur Sommerpause durch Info- und Beschlussvorlagen über die Kooperation informieren.

Das gesetzlich normierte Phosphorrecycling wurde im Zuge der KKR-Planungen vorerst nicht betrachtet und soll erst dann angegangen werden, wenn geeignete Verfahren zur Verfügung stehen.

III. Bewertung:

Es ergeben sich damit aus heutiger Sicht sowohl Vor- als auch Nachteile, die es insbesondere politisch zu bewerten gilt. Die nachfolgende Tabelle soll das verdeutlichen.

Pro Beteiligung	Contra Beteiligung
Langfristige bzw. dauerhafte Entsorgungssicherheit über Monoverbrennung (später mit P-Recycling) ist sichergestellt.	Kurzfristige Entscheidung bis Ende 2019 über Beteiligung notwendig; dadurch nur eingeschränkt Suche nach günstigeren Alternativen möglich. Alle Verträge sollen spätestens in I/2020 endgültig geschlossen sein. Wegen der notwendigen Gründung einer Poolgesellschaft/-gemeinschaft und deren Ausgestaltung sowie wegen der notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigungen ist fraglich, ob diese bis dann tatsächlich steht/die Verträge fix sind. Ggf. müsste über eine „Zwischenlösung“

verhandelt werden.

Es bleibt ein Inhouse-Geschäft (keine Öffnung nach außen), sodass Gewinnbestrebungen und Ausschüttungswünsche durch private Partner entfallen.	Bei Beteiligung <u>keine</u> Ausstiegsmöglichkeiten mehr vorgesehen, bzw. nur unter stark eingeschränkten Randbedingungen.
Die Transport- und Verbrennungskosten sollen solidarisiert werden, sodass alle Beteiligten denselben Tonnagebetrag zahlen werden.	Gebundenheit für einen sehr langen Zeitraum, mind. 30 Jahre, sodass damit das Verfolgen günstigerer Alternativen ausgeschlossen ist.
Die Organisation/Durchführung der Transporte wird durch die GmbH erfolgen (= Rundum-sorglos-Paket für die Beteiligten).	Grundstücksfrage ist noch nicht endgültig geklärt. Ob und zu welchen Kondition die noch für 2019 angedachte Lösung umgesetzt werden kann, ist noch offen.
Es soll keine freien Kapazitäten (z.B. für zusätzliche Schlämme Dritter) geben. Das kann vorteilhaft sein, weil die Anlage dadurch bedarfsgerecht gebaut wird (siehe auch contra).	Es soll keine freien Kapazitäten (z.B. für zusätzliche Schlämme Dritter) geben. Das kann nachteilig sein, weil die Anlage dadurch bedarfsgerecht <u>zum aktuellen Zeitpunkt</u> gebaut wird. Mehrmengen der Partner sind dann nur stark begrenzt möglich (siehe auch pro).
„Bring or pay“-Regel ist nachvollziehbar und führt dazu, dass die Tonnagen der Beteiligten zum aktuellen Zeitpunkt „spitz“ gerechnet werden dürften, um Strafzahlungen zu vermeiden. Die Anlagengröße wird dadurch optimiert und Leerkosten werden vermieden (siehe auch contra).	„Bring or pay“-Regel ist nachvollziehbar, führt aber dazu, dass die Tonnagen der Beteiligten zum aktuellen Zeitpunkt „spitz“ gerechnet werden dürften, um Strafzahlungen zu vermeiden. Das bedeutet aber auch, dass Mehrmengen eher nicht eingebracht werden dürfen, da die Anlagenkapazität dafür dann wohl nicht ausgelegt sein wird (siehe auch pro).
Die GmbH soll grundsätzlich nur Kostendeckung erzielen und keine Gewinne ausschütten. Das ist vorteilhaft, um die Kosten gering zu halten und Ausschüttungswünschen der Gesellschafter entgegen zu treten (siehe auch contra).	Die GmbH soll grundsätzlich nur Kostendeckung erzielen und keine Gewinne ausschütten. Das kann im Fall von Gewinnen allerdings zu besonderen steuerlichen Belastungen führen. Um das zu vermeiden, könnte ein unnötiges „Dezemberfieber“ ausgelöst werden (siehe auch pro).
	Planungs-, Genehmigungs- und Bau- sowie Einfahrphase mit Aufnahme des Betriebs in 2028/2029 ist als sehr „ehrgeiziges Ziel“ anzusehen. Ob dieser Zeitrahmen gehalten werden kann, ist fraglich.
	Überprüfung der vereinbarten Mengen ca. 10 Jahre nach Inbetriebnahme erscheint zu lang, zumal zumindest die Ballungsräume wohl auch in den nächsten Jahren als Boom-Räume bezeichnet werden können, und dadurch ggf. mit Mehrmengen zu rechnen ist, die durch Mindermengen (z.B. bei kleinen Kommunen) nicht ausgeglichen werden können. Frühestens in 20 Jahren (ab heute) ist damit eine Mengenüberprüfung angedacht. Es sollen aber vor Beginn der Genehmigungs-/Ausschreibungsphase noch einmal die Einbringungsmengen geprüft und ggf. angepasst werden.
	Die geschätzten Betriebskosten und damit die finanziellen Auswirkungen für die jeweilige Kommune sind noch nicht erkennbar (und sollen wohl erst dann kommuniziert werden, wenn quasi

	die Beteiligung bereits besiegelt ist).
	Bündelung der Kommunen in einer Poolgesellschaft faktisch ohne Mitspracherecht wegen Begrenzung der Stimmrechtsanteile auf 9,9 %.

IV. weiteres Vorgehen:

Zum aktuellen Zeitpunkt ist die Informationslage noch sehr dürrtig, um eine Entscheidung pro oder contra Beteiligung an der KKR mit solcher Tragweite zu treffen.

Die kurzfristige Gründung/Genehmigung einer Poolgesellschaft im von der KKR gewünschten Zeitrahmen erscheint eher nicht realistisch. Eventuell wäre als „Zwischenlösung“ eine (vor-)vertragliche Regelung anzustreben/zu verhandeln.

Die kleinen Kommunen werden faktisch zu einer umgehenden Entscheidung gezwungen, ohne spätere Revisionsmöglichkeit und ohne eigene Gestaltungsmöglichkeiten.

Charmant ist allerdings das Angebot eines Rundum-sorglos-Paketes und die langfristige/dauerhafte Entsorgungssicherheit, ohne selbst laufend am Markt Kapazitäten sichern zu müssen.

Die Betriebsleitung sieht sich daher zurzeit nicht in der Lage, dem Ausschuss eine Handlungsempfehlung in die eine oder andere Richtung zu geben.

Statt Beteiligung an der KKR wären nämlich auch andere Lösungswege möglich:

- Die Kläranlage Eitorf ist nach der heutigen Gesetzeslage in eine Größenklasse eingeordnet, die eine Verwertung der Schlämme in der Landwirtschaft ermöglicht. Dabei stellt sich allerdings die Frage der landwirtschaftlichen Aufnahmekapazitäten insgesamt. Zudem ist nicht sicher, ob die langfristige Klärschlammverwertung in der heutigen Form gesetzlich auch bestehen bleibt, oder ob nicht durch Verschärfung zurzeit gültiger Grenzwerte dieser Verwertungsweg faktisch ausgeschlossen wird. Hierbei ist zu sehen, dass die Verbraucher immer größeren Wert auf ökologisch hergestellte Produkte legen und Klärschlämme natürlich auch immer Schadstoffsinken sind. Weiterhin sind die Aufbringungszeiten durch die Düngeverordnung stark eingeschränkt, sodass sich die Gesamtkapazitäten in der Landwirtschaft vermindern. Hinzu kommt, dass die Kläranlagenbetreiber zukünftig für die Schlämme, die (z.B. wegen Nichteinhaltens der Grenzwerte) nicht der Landwirtschaft zugeführt werden können, ab 2029 das Phosphorrecycling sicherstellen müssen.
- Ähnliche Modelle wie die KKR bieten auch andere (Wasser-)Verbände oder auch die Gelsenwasser AG an. Auch hier dürften die Randbedingungen ähnlich gesetzt sein, wobei allerdings hier im Einzelnen auf bereits (teils zu ertüchtigende) bestehende Verbrennungsanlagen zurückgegriffen werden kann und damit Kapazitäten früher zur Verfügung stehen könnten als bei KKR. Inwieweit die Kosten bei solchen Modellen wie bei der KKR solidarisiert werden, ist noch nicht abschließend geklärt und könnte ein ausschlaggebendes Argument zugunsten von KKR sein.
- Eine weitere Möglichkeit wäre eine kreisweite Kooperation der betroffenen RSK-Kommunen. Die RSAG als kommunaler Abfallentsorger ist in diesem Zusammenhang bereits durch die Kommunen in die Problematik eingebunden worden. Sie will die Gemeinden in der Sache unterstützen, sei es als Vertreterin für die RSK-Kommunen in der KKR oder auch in Bezug auf andere Entsorgungswege. Hier wäre eventuell auch eine Kooperation des Rhein-Sieg-Kreises mit der Bundesstadt Bonn möglich, die ebenfalls vor dem Problem steht, langfristig die Entsorgung der dort anfallenden Klärschlämme sichern zu müssen.

Ein gemeinsames Gespräch über die weitere Strategie hat die RSAG für den 05.06.2019 angesetzt. Der Betriebsausschuss wird in seiner heutigen Sitzung durch die Betriebsleitung über das Ergebnis unterrichtet.